

Sozialdemokratie im künftigen Kanton Jura

Autor(en): **Vogel, Paul Ignaz**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **57 (1978)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-347556>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Sozialdemokratie im künftigen Kanton Jura

Die drei an der französischen Grenze liegenden Amtsbezirke Porrentruy, Delémont und Franches-Montagnes wollen den Staatsverband des Kantons Bern verlassen und einen eigenen Kanton Jura bilden. Das Schweizervolk und die Stände sind aufgerufen, den Jura als vollberechtigten 23. Kanton in die Eidgenossenschaft aufzunehmen. Das Gebiet des künftigen Kantons breitet sich über 837 km² aus, umfasst 67 500 Einwohner (21. Rang der Kantone, zwischen Zug und Ausserrhoden) und 82 Gemeinden. Die Bevölkerung teilt sich auf in 87,6 Prozent Schweizer und 12,4 Prozent Ausländer; mehr als vier Fünftel der Einwohner bekennen sich zur römisch-katholischen Konfession, der Anteil der Protestanten ist dementsprechend gering. Als Hauptstadt mit Sitz des kantonalen Parlamentes und der Regierung ist Delémont vorgesehen, die kantonalen Gerichte sollen in Porrentruy tagen.

Lostrennung mit Schmerzen

Was sich so friedlich in Zahlen darstellt, hat oft eine bewegtere Vergangenheit. Der neue Kanton Jura ist aus dem Kampf für die Lostrennung (= séparation, darum Separatismus) hervorgegangen. Um das Problem entsprechend der eigenen kantonalen Souveränität zu lösen, verabschiedete das Berner Stimmvolk am 1. März 1970 einen kantonalen Verfassungszusatz, der die Möglichkeit der Separation mittels des Stimmzettels ermöglichen sollte. Sowohl Separatisten als auch Antiseparatisten hatten Zustimmung zum bernischen Verfassungszusatz empfohlen. Die Berner Regierung setzte in der Folge auf den 23. Juni 1974 das erste Jura-Plebiszit fest. Auf die Frage «Wollt ihr einen neuen Kanton bilden?» antworteten die Stimmberechtigten der sieben bernischen Amtsbezirke im Jura, nämlich von Porrentruy, Delémont, Laufen, Franches-Montagnes, Courtelary, Biel-Bienne, Moutier und La Neuveville mit 51,94 Prozent Ja. Die drei Südbezirke des Juras sprachen sich in einem zweiten Plebiszit am 16. März 1975 für ein Verbleiben im Kanton Bern aus, und zwar der Bezirk Courtelary mit 10 802 gegen 3268, Moutier mit 9947 gegen 7740 und La Neuveville mit 1927 gegen 997 Stimmen. Diese Stimmenverhältnisse zeigen, dass die separatistische Bewegung im Südjura über eine starke Minderheit verfügt. Die eidgenössischen Räte haben angesichts dieses Zustandes den Artikel 138 der künftigen jurassischen Verfassung zurückgewiesen, weil dieser sich über territoriale Veränderungen äusserte und Anlass zur Störung des freundeidgenössischen Gleichgewichtes geben könnte.

Linke Bevölkerung im «Kanton» Jura

Der künftige Kanton Jura (die ehemals bernischen Amtsbezirke Porrentruy, Delémont und Franches-Montagnes) wird oft fälschlicherweise als «schwarze Hochburg» eingestuft, da die CVP in diesem Gebiet historisch gewachsen ist und tatsächlich über eine beachtliche Machtposition verfügt. Im Gebiet des künftigen Kantons Jura wählt die Bevölkerung rechts, wie bisherige Urnengänge es bewiesen haben, sie bevorzugt Vertreter des Bürgertums, wohlangesehene Notabeln, Advokate, Lehrer, Gebildete. Hingegen hat der jurassische Souverän in jüngster Zeit praktisch allen linken Vorlagen die Zustimmung gegeben. Auf eidgenössischer Ebene sind die jurassischen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ausgesprochen «progressiv» und folgen mehrheitlich den Empfehlungen der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund. Folgende Zustimmungen hat der Souverän des neuen Kantons Jura vorgenommen: Zur Krankenversicherungsinitiative der SPS, zur Mitbestimmungsinitiative der Gewerkschaften, zur Mieterschutzinitiative, zur Reichumssteuerinitiative der SPS und zur Zivildienstinitiative. Abgelehnt wurde die Mehrwertsteuer, die Beschränkung politischer Rechte, alle fremdenfeindlichen Initiativen und das Sparprogramm vom 4. Dezember 1977. Ideologisch gestimmt hat die ursprünglich katholische Bevölkerung zur Fristenlösungsinitiative, dazu hat sie ihr Nein gegeben.

Vom Burgfrieden der Parteien zur Parteipolitik

Die Annahme ist nicht richtig, im Jura gebe es keine Unterschiede zwischen den Parteien, diese seien alle in der gemeinsamen Bewegung aus der Kampfzeit, dem «Rassemblement Jurassien» aufgegangen. Geschichtlich sind bestimmte Unterschiede festzustellen, im 19. Jahrhundert schon waren die freisinnigen Radikalen, die für eine neue Bundesverfassung und für die Stärkung der eidgenössischen Zentralgewalt kämpften auch im Jura nicht gleicher Meinung wie die katholischen Konservativen, die als klerikal verschrien waren und sich allzu gerne an die vergangenen Zeiten erinnerten, als sie im Fürstbistum Basel des Ancien Régime weit mehr Souveränität genossen als im mehrsprachigen Staatsverband Berns, der ein Gebiet von der alpinen Grimsel bis zum Pruntrut Zipfel in der Nähe der Burgunderpforte unter einen Hut zu bringen hatte. 1815 war das ehemalige Fürstbistum Basel vom restaurativen Wiener Kongress der Schweiz zugesprochen worden, ohne dass sich der bernische oder der jurassische Souverän dazu hätte äussern können. Der jurassische Politiker Xavier Stockmar, in seiner Jugend Anhänger von Frankreichs Jakobinern, kämpfte zwischen 1830 und 1848 für den liberal-radikalen Aufschwung im Staat Bern, er handelte jedoch immer letztlich als jurassischer Patriot und vermied es, die katholische Bevölkerung vor den Kopf zu stossen. Das päpstliche Unfehlbarkeitsdogma und der Kulturkampf führten im Jura zu starren Fronten; Stockmar erlebte diese Auseinandersetzung nicht mehr;

in seinen späten Jahren widmete er sich der Förderung von Industrie und Handel und zeichnete sich als Wegbereiter des jurassischen Eisenbahnnetzes aus. Mit der Verbreitung der Uhrenindustrie ausserhalb der Heimmanufaktur, das heisst mit der Fertigung von Uhrwerken und Uhrengehäusen in Fabriken, wuchs auch die moderne Industriearbeiterschaft. Im Vallon de St-Imier im Südjura hatte die anarchistische Internationale Anhänger, Ende des 19. Jahrhunderts nahmen auch im Nordjura Grütlivereine und gewerkschaftliche Arbeiterverbände ihren Aufschwung.

Noch heute gilt das industrialisierte Gebiet um Delémont und die Stadt selbst als Hochburg der Sozialdemokratie (Parti Socialiste Jurassien). Weniger verbreitet ist diese in der von Freisinnigen und Christlichdemokraten beherrschten Ajoie. In den Franches-Montagnes, wo die christlichen Parteien eine weitgehend ländliche Bevölkerung ansprechen, hat die Sozialdemokratie Mühe, in breiten Volksschichten Fuss zu fassen, obwohl sie keine Kaderpartei ist, die bloss aus Schullehrern und intellektuellen Weltverbessern zusammengesetzt wäre. Das Parteileben der Sozialdemokraten verwirklicht sich bei geselligen Anlässen, auf ländlichen Volksfesten unter freiem Himmel und an jährlich zweimal stattfindenden Parteitagen, zu denen jedes Parteimitglied Zutritt hat.

Während linke Klassenkampf-Kaderparteien im Gebiet des künftigen Kantons Jura nur eine abseitige Rolle spielen, ergibt sich für die jurassische Sozialdemokratie am ehesten die Allianz mit den unabhängigen Christlichsozialen, der Parti Chrétien-Social Indépendant. Dieser progressiven linksorientierten Gruppierung gehören einerseits die älteren Kollegen aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung an, andererseits umfasst sie den militanten Kern von jungen Separatisten (Béliers). Die Christlichsozialen haben bei den Wahlen in den jurassischen Verfassungsrat 13,8 Prozent Stimmen gemacht, die Sozialdemokraten 18,5 Prozent. Die eher konservative katholische Partei (Parti Démocratique Chrétien) erreichte bei diesen Wahlen das Quorum von 29,9 Prozent; sie ist ebenfalls stark autonomistisch orientiert, die Freisinnigen, die 20,6 Prozent erreichten, wiesen gemäss ihrer geschichtlichen Rolle im 19. Jahrhundert lange Zeit jurassische Anhänger der bernischen Zentralgewalt auf. Mit diesen Zahlen ist der Poker umschrieben, der im neuen Kanton um die fünf Sitze in der Regierung, um die beiden Nationalratssitze (bisher 1 CVP und 1 SPS) und um die beiden neuen Ständeräte laufen wird.

Entvölkerung des Juras und Wirtschaftsrezession

Seit Jahrzehnten stagniert die Bevölkerung im Jura. Jugendliche, die aufsteigen wollen, wandern in die Industriezentren ab, die jenseits der blauen Juraberge liegen. In den Exilkreisen von Lausanne, Genf, La Chaux-de-Fonds oder gar Basel brennt das Feuer der jurassischen Kontestation dann jeweils besonders stark. Es wird nun Aufgabe der politisch führenden Kräfte im künftigen Kanton Jura sein, einen wirtschaftlichen

Aufschwung herbeizuführen, eine schwierige Aufgabe bei der gegenläufigen Wirtschaftsrezession.

Zwischen 1973 und 1976 haben die jurassische Industrie (vor allem die Uhren-, Stahl- und Maschinenindustrie) und das Gewerbe rund 2800 Arbeitsplätze verloren. Die Unternehmungen im künftigen Kanton Jura sind oft familiäre Klein- und Mittelbetriebe, die unter dem Konzentrationsprozess besonders zu leiden haben. Dass der künftige Kanton ein ausgesprochenes Industriegebiet ist, beweisen auch die 58 Prozent aller Erwerbstätigen, die im Jahre 1976 im sekundären Sektor beschäftigt waren. Weniger entwickelt ist der Dienstleistungssektor, der tertiäre Sektor, der nur 31 Prozent der Beschäftigten umfasst. Die öffentlichen und privaten Dienstleistungen werden jedoch im künftigen Kanton zunehmen, und der Ausbau eines qualitativen Tourismus verspricht vieles, erfolgt doch sein Angebot in einer der schönsten Mittelgebirgslandschaften Europas. Verständlich ist darum die Bitternis, wenn diese nur als Waffenplatz abseits der grossen Zentren benutzt wird; Bitternis betrifft auch die Zweitwohnungsbesitzer aus den reichen Industriezentren wie Basel, die ihre Geschäfte und Einkäufe zu Hause tätigen, am Wochenende und in den Ferien die frische Luft des Juras geniessen, der ansässigen Bevölkerung und ihrem Steuersubstrat aber mit etwelchen Schlichen aus dem Wege gehen.

Nur 12 Prozent der aktiven Bevölkerung des künftigen Kantons Jura sind im primären Sektor, das heisst in der Landwirtschaft, beschäftigt. Die Landwirte bilden gegenwärtig ein politisches Niemandsland, da sie sich in der probernischen SVP kaum mehr heimisch fühlen wollen und vielfach der «Union des Producteurs Suisses» nahestehen, die den Kampf für die eigenen Rechte in Opposition zu grossbürgerlichen «Bauernpolitikern» und ihren eidgenössischen Dachverbänden führt.

Der wirtschaftliche Aufschwung soll im künftigen Kanton Jura jedoch nicht um jeden Preis erfolgen, wie es etwa die Kreise um den wirtschaftsorientierten Freisinn anstreben. Gewerkschafter und Sozialdemokraten möchten vor allem qualitative Arbeitsplätze erhalten und fördern. Darum streiten die Sozialdemokraten heftig, wenn es darum geht, die jurassische Staatsverwaltung (etwa 400 Personen) aufzubauen. Das öffentliche Lohnniveau soll fortschrittlich und beispielgebend sein und die Kreise um den Vorort zur Nachahmung zwingen.

Sozialistische Alternativen

Der Jura wird, wenn das Schweizer Volk und die Stände Ja sagen, bald seine eigene Kantonsfahne haben. Während es den bürgerlichen Jurassiern vor allem darum geht, einen eigenen Kanton, das heisst einen eigenen Staat zu errichten, legen die Sozialdemokraten viel eher die Akzente auf eine soziale und demokratische Entwicklung der Gemeinden und der Regionen. Ideen vom natürlichen Absterben des Staates tauchen auf. Die Steuern sollen zentral eingezogen, aber kommunal und regional verteilt werden.

Dabei würde der Mitbestimmungsgrad des Souveräns in allen Bereichen grösser. Die Gemeinden könnten sich auch vermehrt anhand der Bedürfnisse ins Wirtschaftsleben einschalten, anstatt von einer abstrakten Zentralgewalt regiert zu werden. Die kommunale Selbstverwaltung wird so umschrieben: «Die Gemeinde muss – solange sie bevorzugter Ort der demokratischen Ausmarchung ist, sich also in den Händen der Bürgerinnen und Bürger («citoyennes et citoyens») befindet – ein vollkommener wirtschaftlicher Anreger werden. Das Wirtschaftliche bestimmt den ganzen Lebensrahmen und die Gemeinde muss in diesen Prozess eingreifen, die Sozialisten kämpfen deshalb darum, dass die Macht vom privaten in den öffentlichen Bereich übergeht.»

Gegen planloses kapitalistisches Spekulantentum werden sich die Sozialdemokraten im neuen Kanton zur Wehr setzen müssen. Darum haben sie auch den Plan des «Wirtschafts- und Sozialrates der Regionen» entworfen, wobei das künftige Kantonsgebiet in die fünf Regionen Ajoie, Clos du Doubs, Delémont, Val Terbi und Franches-Montagnes geteilt würde. In diesem Rat, der mit der Regierung eng zusammenarbeitet, mit dem Parlament aber nicht identisch ist, sollen Kreise der Arbeitgeber, der Gewerkschaften, der öffentlichen Hand, der Konsumenten, der Landwirtschaftskammer und andere Partner zusammenarbeiten.

Auftrag von der Mehrheit des Souveräns

Viele Genossinnen und Genossen in der ganzen Schweiz beneiden die jurassischen Sozialdemokraten um den Schwung, mit dem diese an den Aufbau ihres Gemeinwesens gehen. Dieser Elan kommt auch aus dem ungekünstelten Bewusstsein, von der Mehrheit des Souveräns beauftragt zu sein.